

# Konsequenter wäre die vollständige Abschaffung der Beiträge

Demonstration der Bürgerallianz Thüringen vor dem Landtag/Anhörung im Innenausschuss

Ihrer Forderung nach „Abschaffung aller Zwangsbeiträge“ verliehen mehrere hundert Thüringer Bürger mit einer Demonstration vor dem Landtag am 5. Oktober Nachdruck. Während drinnen der Innenausschuss zu einer

deshalb „eine erhebliche Verbesserung“ darstelle, erlaube die „Erhebung von Zwangsbeiträgen“ und findet deshalb nicht die Zustimmung der Bürgerallianz. In einem Offenen Brief an die Landtagsabgeordneten schreibt sie:

willige Entgelte eingesetzt werden. Die Erschließungsbeiträge nach Baugesetzbuch und die Hausanschlusskosten innerhalb des eigenen Grundstücks sind akzeptabel, stellen sie doch keine Zwangsbeiträge dar.“

Mit der Androhung zu Tausenden wieder zu kommen und „Wir-sind-das-Volk-Rufen“ machten die Demonstranten vor dem Landtag deutlich, wie ernst es ihnen ist. „Es reicht!“ und „Wir kämpfen weiter – die nächsten Wahlen kommen bestimmt“, erklärte Hans Otto Kolster im Namen der 34 Bürgerinitiativen des Landkreises Gotha. Daher, konkret aus dem Dörfchen Sonneborn, kam Pfarrer Wieland Hartmann, der mit seiner, an Martin Luther angelehnten, derben Rede begeisterte, mit der er sich „besonders an die Partei, die das große C im Namen führt“ wandte.

## Abgeordnete stehen in der Pflicht

„Die öffentliche Anhörung bestätigte erneut, dass die Abgeordneten des Thüringer Landtags in der Pflicht stehen, vernünftige Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu treffen. Wie bisher darauf zu warten, dass Gerichte entscheiden, wäre verantwortungslos“, hatte am glei-

chen Tag der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN, Frank Kuschel, erklärt. Dass die Bürger ein schnelles Handeln des Landtags fordern, habe die Demonstration der Thüringer Bürgerallianz deutlich gezeigt.

Mit Verweis auf den von der SPD vorgelegten Gesetzentwurf zur Stichtagsregelung sagte der Abgeordnete: „Es ist zweifelhaft, ob durch eine Stichtags- oder Einzelfallregelung die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gelöst werden kann. Dieser Meinung haben sich ebenfalls nahezu alle Anzuhörenden angeschlossen.“

DIE LINKE will sich weiterhin dafür einsetzen, dass in Thüringen die Sächsische Regelung zur Anwendung kommt, wonach die Gemeinden selbst darüber entscheiden können, ob und in welcher Höhe Straßenausbaubeiträge erhoben werden. „Noch konsequenter wäre die vollständige Abschaffung der Beiträge, so wie dies beim Wasser bereits geschehen ist“, betonte Frank Kuschel. ■



öffentlichen Anhörung zu den Gesetzentwürfen der Oppositionsfractionen der LINKEN und der SPD zur Veränderung der Kommunalabgabenerhebung in Thüringen eingeladen hatte – an der auch zahlreiche Vertreter der Bürgerinitiativen teilnahmen –, entluden sich draußen die Emotionen angesichts der nach Meinung der Betroffenen zutiefst unsozialen und ungerechten Abgabepolitik im Freistaat.

Peter Hammen, der Vorsitzende der Bürgerallianz Thüringen e.V., wandte sich strikt gegen jegliche Erhebung von Beiträgen. Deshalb lehnen sie nicht nur die von der SPD vorgeschlagene Stichtagsregelung ab, auch der Gesetzentwurf der LINKEN, der den Gemeinden eine Beitragserhebung freistellt und

„Die Erhebung von Zwangsbeiträgen bei Abwasser und Straßenbau muss endlich beendet werden. Sie sind nicht mehr zeitgemäß, missachten das Verursacherprinzip und sind sozial ungerecht. (...) Zur Finanzierung der allgemeinen Daseinsvorsorge (kommunale Infrastruktur) sollten ausschließlich Steuern und Gebühren sowie frei-